

## Das Frankfurter Signal: Es ist Zeit für Taten!

### In dieser Ausgabe:

#### Aus der Frankfurter CDU:

- Bilder vom Bundesparteitag in Frankfurt am Main
- Michael Glos zu Gast
- Landesparteitag
- Die Landtagskandidaten
- Pressearbeit der CDU
- CDU-Nachrichten
- Termine
- Buchempfehlungen

#### Aus der Fraktion:

- Gemeindefinanzreform
- Die Bundestagswahl im Internet
- Pressearbeit der Fraktion
- Anträge und Anfragen der Fraktion

# Der CDU-Bundesparteitag 16. - 18. Juni 2002 zum ersten Mal in Frankfurt am Main



Aufforderung zum Anpacken.



Sind sich ganz Ohr: OB Petra Roth und MP Dr. Edmund Stoiber.



Oberbürgermeisterin Petra Roth und Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl.



Treffen in der VIP-Lounge: CDU-Landesschatzmeister Hans-Herman Reschke mit Generalsekretär Michael Boddenberg und dem Frankfurter Kreisvorsitzenden Udo Corts.



Der Wahlkampfmanager des Kanzlerkandidaten Michael Spreng mit Erika Steinbach.



Frankfurter Delegierte (v.r.n.l.): Uwe Becker, Michael Boddenberg und Gudrun Osterburg.

Die Frankfurter Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach im Gespräch mit Kanzlerkandidat Edmund Stoiber.



Mitarbeiterinnen der Kreisgeschäftsstelle am Info-Stand des Bundesparteitages: Ursula Linzmeier und Freia Fröhlich.

CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer mit Uwe Becker.



### Einladung

Zur Eröffnung der heißen Wahlkampfphase der Frankfurter CDU spricht Angela Merkel am 2. September 2002 um 17.00 Uhr auf dem Römerberg



Dr. Angela Merkel mit dem Bundestagskandidaten Markus Frank

# Veranstaltung der Frankfurter CDU im Stadtbezirksverband Nieder-Eschbach

## Glos: Deutschland hat eine bessere Regierung verdient



unserem Land wieder lohnt und neue Sicherheit geschaffen wird. Zur Lösung

Zwei, die sich mögen, nicht nur wegen desselben Vornamens: Michael Glos, MdB und Michael Boddenberg, MdL und Generalsekretär der CDU Hessen



Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag, Michael Glos, rechnete bei einer Wahlkampfveranstaltung der Frankfurter CDU

am 16. Mai 2002 in Nieder-Eschbach schonungslos mit der rot-grünen Bundesregierung ab. "Deutschland braucht wieder einen Wechsel, damit sich Leistung in

Michael Glos, MdB bei seiner Rede vor ca. 150 begeisterten Zuhörern

dieser Aufgaben ist die SPD allerdings nicht mehr fähig", sagte Glos. Schröder stehe ratlos vor dem Scherbenhaufen der rot-grünen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Schröders "Politik der ruhigen Hand" sei verantwortlich für diese verfehlte Politik. Ein Drittel der Unternehmen des Mittelstandes schreibe rote Zahlen.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende und Stadtbezirksverbandsvorsitzende Uwe Becker eröffnet die Veranstaltung mit dem Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag D

Deutschland wird in diesem Jahr einen Pleitenrekord mit ca. 40.000 Unternehmensinsolvenzen erleben. Deutschland hat das niedrigste Wachstum in ganz Europa. Aus der "Chefsache Aufbau Ost" wurde die höchste Arbeitslosigkeit im Osten seit der Wiedervereinigung. "Wir sind das Schlusslicht in Europa. Schröder und die SPD spüren, dass ihre Regierungszeit schon nach einer Legislaturperiode zu Ende ist", stellte Glos fest. Edmund Stoiber sei eine hervorragende Alternative zu Schröder. Die Nominierung Stoibers zum Kanzlerkandidaten der Union sei eine wichtige Entscheidung für den Wahlsieg am 22. September gewesen. "Wenn eine Mannschaft schlecht spielt, wird der Trainer ausgewechselt. Schröder und seine Mannschaft haben ihre Chance 1998 bekommen. Sie haben sie nicht genutzt. Mit Edmund Stoiber haben wir für Deutschland den richtigen Trainer mit einer kompetenten Mannschaft", betonte der CSU-Politiker. Noch nie seien die Unionsparteien so geschlossen und auch entschlossen in einen Wahlkampf gegangen. "Diese Einigkeit ist ein gutes Signal für die Wähler in Deutschland. Nichts hassen unsere Wähler mehr als Streit", sagte Glos.



# Landesparteitag der CDU Hessen am 11. Mai 2002 in Bad Wildungen



*Ministerpräsident Roland Koch im Gespräch mit der Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth (Anm. d. Red. Thema unbekannt, vielleicht Rettung der Frankfurter Eintracht?)*

## 344xJa

Der Frankfurter Kreisvorsitzende Udo Corts wurde mit einem sehr guten Ergebnis, mit 344 Ja-Stimmen von 349 gültigen Stimmen, als Beisitzer in den Landesvorstand gewählt. Das Frankfurter CDU-Mitglied Hans-Hermann Reschke wurde erneut mit 338 Ja-Stimmen von 339 gültigen Stimmen zum Landesschatzmeister gewählt.



*Die Frankfurter Delegierten beim intensiven Studium der Parteitagsunterlagen*

*Die jungen Wilden: Der Bundeskandidat Markus Frank und der Landtagsabgeordnete Boris Rhein*



# Die Landtagskandidaten der Frankfurter CDU



**Alfons Gerling,**  
**Wahlkreis 34,**  
nominiert 27.5.2002, Saal-  
bau Griesheim, 53 von 56  
gültigen Stimmen,  
Ersatzkandidat:  
Uwe Serke.



**Ulrich Caspar,**  
**Wahlkreis 35,**  
nominiert 2.5.2002, Gemein-  
dezentrum St. Anna, 40 von  
48 gültigen Stimmen,  
Ersatzkandidat:  
Dr. Oliver Kroneisen.



**Boris Rhein,**  
**Wahlkreis 36,**  
nominiert 30.4.2002, Saal-  
bau Dornbusch, 68 von 72  
gültigen Stimmen,  
Ersatzkandidat:  
Hans-Dieter Schnell.



**Michael  
Boddenberg,**  
**Wahlkreis 37,**  
nominiert 28.5.2002, Saal-  
bau Südbahnhof, 67 von 69  
gültigen Stimmen,  
Ersatzkandidatin:  
Margrit Weißbach.



**Udo Corts,**  
**Wahlkreis 38,**  
nominiert 29.4.2002, Saal-  
bau Bornheim, 33 von 35  
gültigen Stimmen,  
Ersatzkandidat:  
Klaus Vowinckel.



**Gudrun  
Osterburg,**  
**Wahlkreis 39,**  
nominiert 7.5.2002, Saalbau  
Ronneburg, 70 von 76 gülti-  
gen Stimmen,  
Ersatzkandidat:  
Stephan Siegler.

## Gudrun Osterburg: Frankfurt ist wie- der sicherer geworden!

Frankfurt ist wieder sicherer geworden", stellte die stellvertretende Vorsitzende der Frankfurter CDU und Landtagsabgeordnete Gudrun Osterburg anlässlich einer Informationsveranstaltung der nordöstlichen CDU-Stadtbezirksverbände mit dem Frankfurter Polizeipräsidenten Harald Weiss-Bollandt zum Thema "Wie steht es um die Sicherheit Frankfurts und der nordöstlichen Stadtteile", am vergangenen Montag in Frankfurt-Berkersheim fest.

"Die Zahl der Straftaten in Frankfurt ist im vergangenen Jahr auf das Niveau von 1981 gefallen", sagte Weiss-Bollandt. Weiterhin führte er aus, dass das Sicherheitsempfinden der Frankfurter Bürger kontinuierlich zugenommen habe. Nachdem Frankfurt 23 Jahre lang die Nummer eins in der Rangliste der Straftaten im Bundesgebiet war, belegt die Stadt nunmehr nur noch Platz 6 in der Kriminalstatistik. Besondere Erfolge seien im Bereich des Wohnungseinbruchs vorzuweisen, so wurde dieser im vergangenen Jahr um fast 50 % reduziert. Ebenso erfreulich sei der Rückgang beim Straßenraub. Zurückzuführen sei dies auf das große Engagement und die starke Präsenz der Polizeibeamten vor Ort. Ebenso trug die Vernetzung verschiedener Behörden zu der gestiegenen Sicherheit in Frankfurt bei. So wurden unter anderem eine Arbeitsgruppe Intensivtäter, eine Arbeitsgruppe Ausländischer Intensivtäter sowie die RAG (Regionale Arbeitsgruppe), die dafür sorgt, dass sich illegal aufhaltende Personen in Frankfurt schneller aufgegriffen und abgeschoben werden können, eingerichtet. Nach wie vor stelle die Drogenproblematik, vor allem der gestie-

gene Crackkonsum, in Frankfurt ein großes Problem dar. Weiss-Bollandt plädierte dafür, den bisher schon guten Kontakt zwischen Bürgern und Polizei zu intensivieren, denn nur wenn die Polizei direkt vor Ort von den Bürgern über Probleme informiert werden würde, wäre eine schnelle Reaktion von Seiten der Polizei möglich. Zum Schluss seines Vortrages teilte Weiss-Bollandt mit, dass insbesondere Frankfurt auch durch die Maßnahmen der Hessischen Landesregierung profitiere: So werden von insgesamt 1300 neuen Polizeifahrzeugen 385 der Stadt Frankfurt vom Hessischen Innenministerium übergeben, ferner erhielt das Polizeipräsidium Frankfurt 2000 neue moderne Computer.

## MdL Heide Degen: Modernisierung des Oberlandesgerichts Frankfurt vor dem Abschluß



Das Gesamtprojekt "Modernisierung der hessischen Justiz", das alle Bereiche der Justiz erfasst, schreitet planmäßig voran. Dabei geht es zunächst um eine Optimierung der Arbeitsorganisation durch moderne, EDV-gestützte Büroeinrichtungen und die Schaffung von Service-Einheiten. Diese wurden durch Mischarbeitsplätze geschaffen, die die bisherigen, oftmals schwerfälligen Verwaltungsstrukturen ersetzen.

Damit werde die klassische Trennung von Aktenführung, Aktenbearbeitung und Schreibdienst aufgehoben (Geschäftsgang). Dies führe zu beachtlichen Rationalisierungsgewinnen.

"Die Gerichte sollen so zu bürgerfreundlichen Dienstleistungsunternehmen werden, die sich an den Bedürfnissen der Kunden orientieren," sagt die Frankfurter CDU-Landtagsabgeordnete Heide Degen, die auch Vorsitzende des Rechtsausschusses des Hessischen Landtags ist.

Voraussetzung hierfür sei die flächendeckende Vollaussstattung der Justiz mit elektronischer Datenverarbeitung. Dafür müßten alle Gebäude der hessischen Justiz komplett verkabelt werden. Auf Basis dieser technischen Ausstattung und der zum 1.1.2002 an allen Gerichten und Behörden der hessischen Justiz eingeführten Budgetierung könne zukünftig ein modernes Personalentwicklungskonzept verwirklicht werden. Diese Maßnahmen würden bezirkweise umgesetzt.

Nach einem erfolgreichen Pilotprojekt im Landgerichtsbezirk Wiesbaden und Folgeprojekten in den Landgerichtsbezirken Gießen, Limburg und Marburg werde nun das Projekt "Modernisierung des Oberlandesgerichts Frankfurt" durchgeführt.

Mit dem Rückumzug des Oberlandesgerichts Frankfurt in das Gebäude Zeil 42 im Sommer diesen Jahres, werde dieses mit Serviceeinheiten und einer EDV-Vollausstattung versehen sein. Hierfür sind, nach Angaben von Heide Degen, ca. 2 Millionen Euro vorgesehen.

Weitere 500.000 Euro stünden in diesem Jahr für die Modernisierung der Staatsanwaltschaften in Frankfurt, Darmstadt und Hanau bereit. Dabei gehe es ebenfalls um EDV- und PC-Ausrüstungen sowie die Ersetzung der bisherigen Schreibdienste durch Service-

Einheiten an den Geschäftsstellen. Diese Vereinfachung des Geschäftsganges komme dem Bürger durch beschleunigte Entscheidungsprozesse unmittelbar zugute.

Der Finanzbedarf des auf 8 Jahre angelegten Gesamtprojekts "Modernisierung des hessischen Justiz" werde auf ca. 88 Millionen Euro geschätzt. Seit verganginem Jahr stelle der Landtag dem Justizministerium jährlich ca. 7 Millionen Euro für den Mittelmehrbedarf während der Modernisierungsphase zur Verfügung. "Voraussichtlich werden bis 2008 alle hessischen Gerichtsbezirke - und damit ein ganzer Ressortbereich - modernisiert sein," betont Heide Degen.

## Gerling: Keine Erhöhung der Fehlbelegungsabgabe

Betroffene Mieter in den Großsiedlungen bleiben von Erhöhungen verschont

Durch Intervention der Koalitionsfraktionen im Hessischen Landtag wird es keine Erhöhung der Fehlbelegungsabgabe geben, teilt der CDU-Landtagsabgeordnete Alfons Gerling mit. Damit wird bei der notwendigen Anpassung des Gesetzes zur Fehlsubventionierung im Wohnungswesen an das Bundesrecht keine Erhöhungen im Rahmen der Umrechnung von DM auf Euro auf die zahlungspflichtigen Mieter zukommen.

"Wer das Gesetz aufmerksam liest, könne erkennen, dass sich die Einkommens- und Freigrenzen künftig nach dem Wohnraumförderungsgesetz des Bundes richten und dort auch die Freibeträge geregelt seien, die bislang im Hessischen Ausführungsgesetz aufgeführt waren."

"Wir werden dafür sorgen, dass der Euro durch dieses Gesetz nicht zum Teuro wird", so Gerling, der sich nachhaltig gegen eine ur-

sprünglich beabsichtigte Erhöhung der Fehlbelegungsabgabe ausgesprochen hat. Gerling kündigte außerdem an, dass die CDU beabsichtige, die Fehlbelegungsabgabe in der kommenden Legislaturperiode einer grundsätzlichen Überprüfung zu unterziehen. Zwar habe man Verständnis dafür, dass gerade die Kommunen, insbesondere die Stadt Frankfurt, ein Interesse an der Beibehaltung dieser Abgabe hätten, da das damit verbundene Finanzaufkommen zweckgebunden wieder in den Wohnungsbau fließen müsse, zumal nur gut verdienende Mieter die Fehlbelegungsabgabe zu zahlen hätten. Andererseits stellten gerade diese Mieter einen stabilisierenden Faktor in dem jeweiligen Wohnumfeld dar, so dass gerade die Wohnungsbaugesellschaften seit langem die Abschaffung der Abgabe forderten, um den betroffenen Mietern einen Anreiz zu bieten, in den Wohnvierteln zu bleiben. Aus zahlreichen Gesprächen mit betroffenen Mietern aus den Großsiedlungen in Frankfurt, insbesondere in den westlichen Stadtteilen, wisse Gerling sehr genau, dass die Mieter sich mit dieser Fehlbelegungsabgabe ungerecht behandelt fühlten und eine Erhöhung nicht ohne Protest hingenommen hätten.

Nach Auffassung Gerlings müsse den Wohnungsbaugesellschaften und den Kommunen eine größere Eigenentscheidung bei der Erhebung der Fehlbelegungsabgabe eingeräumt werden. Da ohnehin immer weniger Wohnungen sozialgebunden seien, verliere nach Auffassung Gerlings das Aufkommen dieser Abgabe ohnehin zunehmend an Bedeutung. Mittelfristig werde eine Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe durch die CDU angestrebt, wofür er sich einsetze, damit eine gute soziale Durchmischung der Mieterstruktur auf Dauer erhalten bleibe.

## Von unserem Euro- paabgeordneten Thomas Mann, Mitglied im Aus- schuss für Wirt- schaft und Währung

### Mercedes bei Aldi? BMW bei real? Und VW bei Lidl?

Die neue Gruppenfrei-  
stellungsverordnung (GVO)  
für Kfz-Händler wurde Ende  
Mai 2002 vom Europäischen  
Parlament angenommen.  
Durch den verstärkten Wett-  
bewerb dürften die Verbrau-  
cherpreise sinken.

Volkswagen musste im  
Jahre 2001 wegen Wettbe-  
werbsbehinderungen fast  
110.000.000,-€ Bußgeld zah-  
len. Was war geschehen? Das

Unternehmen hatte gegen  
die sogenannte Gruppenfrei-  
stellungsverordnung (GVO)  
verstoßen. Der europäische  
Automarkt ist seit 1995 vom  
generellen EU-Kartellverbot  
ausgenommen. Im Septem-  
ber 2002 laufen die Privilegi-  
en aus. Was danach kommt,  
wird zu erheblichen Verän-  
derungen auf dem europäi-  
schen und unserem - beson-  
ders umsatzstarken - deut-  
schen Automarkt führen.  
Auch in Frankfurt wird die  
Nachfolgeregelung Spuren  
hinterlassen.

### Warum die Novel- lierung?

Die Hersteller und zuge-  
lassenen Händler befurwor-  
ten eine Beibehaltung der  
GVO-Regelungen. Ihr Argu-  
ment: Warum etwas zu Grabe  
tragen, das in Europa sehr gut  
funktioniert? Aus der Stadt  
und Region Frankfurt habe  
ich viele Äußerungen nam-  
hafter Autohändler erhalten.  
Ihr Tenor: Erhebliche Investi-  
tionen wurden getätigt, um  
den Kunden einen exzellen-  
ten, marktgerechten Vertrieb  
und Kundendienst zu bieten.  
Durch verstärkte Konzentri-



Europaabgeordneter Thomas Mann zusammen mit Ober-  
bürgermeisterin Petra Roth und Delegationsmitgliedern  
aus Frankfurt bei der Generaldirektion der EU-Kommission  
für Kultur und Bildung Brüssel, 07. März 2002

on und Wettbewerb könnten  
diese Investitionen verloren  
gehen und ganze Betriebe in  
der Region vor dem "Aus"  
stehen. Eine starke Belastung  
stünde dem heimischen  
Arbeitsmarkt bevor.

### Hoher Profit auf dem Rücken der Kunden?

Freie Händler und Ver-  
braucherschutzer sehen dies  
völlig anders: Die GVO  
funktioniere nur "sehr gut"  
bei der Durchsetzung der  
Hersteller- und Händler-

Interessen: Hoher Profit auf  
Kundenkosten. Dem Ver-  
braucher in der EU werde  
durch die GVO geschadet,  
da künstlich hohe Preise  
und Preisdifferenzen inner-  
halb des Binnenmarktes  
zementiert würden. Die Vor-  
steuer-Listenpreise zum 1.  
November 2001 unterschieden  
sich innerhalb der zwölf  
Euro-Länder um bis zu 40  
Prozent. Die Hersteller  
begründen die Differenzen  
mit den unterschiedlichen  
Mehrwertsteuersätzen so-  
wie Zulassungssteuern.



Besuch der Senioren-Union  
im Europaparlament und  
bei Thomas Mann.  
Wer von den Teilnehmern  
einen Abzug des Fotos  
haben möchte, wendet sich  
bitte an Frau Fedel.

## Sicher ist: EU schafft mehr Wettbewerb

Die Neuregelung könnte die Voraussetzung für günstigere Neuwagenpreise und niedrigere Unterhaltskosten sein.

■ Der Gebietsschutz entfällt. Jeder Händler darf seine Fahrzeuge außerhalb seines Heimatgebietes verkaufen. Händler können auch in anderen EU-Mitgliedstaaten eigene Verkaufsbüros unterhalten. Die Kommission erlaubt ihnen den Neuwagenverkauf zum billigeren Herkunftslandta-

rif! Das könnte die Automobilpreise erheblich unter Druck setzen. Für die Beschäftigungssituation sind negative Folgen nicht auszuschließen.

■ Der Exklusiv-Vertrieb war bisher die Regel. Künftig kann ein Autohändler mehrere Marken unter seinem Dach verkaufen und bewerben. Sein Unternehmen wird so zum "Mehrmarken-Vertrieb". Die jetzigen Hersteller-Vorschriften, z.B. abgetrennte Ausstellungsräume, werden entfallen.

■ Derzeit wird jeder Händler von den Autoherstellern angewiesen, Garan-

tie und Wartungsdienste anzubieten. Verkauf und Service sind strikt gekoppelt. Künftig wird es diese Verpflichtungen nicht mehr geben. Die Betriebe müssen spezielle Qualitätsanforderungen erfüllen, um "offizielle Reparaturwerkstatt" für eine oder mehrere Marken zu sein.

## Friedrich fordert Solidarität mit den Russlanddeutschen



Wiesbaden, den 18. April 2002

Auf einer Veranstaltung der Senioren-Union in Frankfurt am Main hat sich der Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Landtagsabgeordneter Rudolf Friedrich, für eine verstärkte Integration der Spätaussiedler ausgesprochen und dabei insbesondere auf den schweren Schicksalsweg der Russlanddeutschen hingewiesen. Der Leidensweg der Russlanddeutschen erfordere größere Solidarität mit den Spätaussiedlern.

Friedrich wandte sich entschieden gegen die politische Bewertung der Bundesregierung, dass nur noch 1/4 der Spätaussiedler Deutsche seien. Die Behauptung werde verwendet, weil 77 % der Aussiedler nicht den Status des § 4 des Bundesvertriebenengesetzes erhalten. Auch wenn es sich zum Teil

um nationale Mischehen handelt, erfüllen 30 % die Voraussetzungen als Spätaussiedler. Ein Großteil der Spätaussiedler ist deutscher Abstammung. Diese Personen sind teilweise nach Bekenntnis zum Deutschtum oder zu deutschen Sprachkenntnissen gar nicht gefragt worden und direkt in den Aufnahmebescheid des Spätaussiedlers einbezogen worden, um eine schnellere Ausreise zu erreichen. Daraus dürfe aber nicht geschlossen werden, dass es sich nicht um Deutsche handelt. Der Landesbeauftragte wies darauf hin, dass viele von diesen Personen sogar von den Behörden eingerechnet bekommen, die Einbeziehung als Ehegatte oder Abkömmling würde, auch wenn sie Deutsche seien, zu einer schnelleren Entscheidung über die Aufnahme führen, da die deutsche Volkszugehörigkeit nur einer Person geprüft werden müsse. "Bei genauer Betrachtung der Sachlage ist die Behauptung, dass es sich bei diesen Fällen nicht um deutsche Volkszugehörige handelt, einfach unhaltbar", erklärte Friedrich.

Landesbeauftragter Friedrich merkte an, dass die Deutschkenntnisse bei einem großen Teil der Spätaussiedler mangelhaft seien und begrüßte deshalb die Integrationsmaßnahmen der Hessischen Landesregierung im Bereich von Schule und Kindergarten. Kein Verständnis zeigte der Landesbeauftragte dafür, dass seitens der Bundesregierung die nichtdeutschen Familienangehörigen (§ 8-Fälle) von der Sprachförderung, für die der Bund zuständig ist, total ausgeschlossen bleiben. "Ich appelliere daher erneut an die Bundesregierung, die Sprachförderungsrichtlinien entsprechend und schnell zu ändern, damit die Integration intensiver und zeitnaher erfolgen kann", erklärte Friedrich.

## Ministerpräsident Koch bei der Senioren-Union



Der hessische Ministerpräsident sprach zum Thema "Die erfolgreiche Arbeit der hessischen Landesregierung"



Die Vorsitzende der Senioren-Union Sieglinde Fedel bei der Begrüßung der anwesenden 240 Gäste im Haus Ronneburg



# Dialogforum "Universität und Finanzplatz Frankfurt"

Eine Initiative des RCDS Frankfurt und des Wirtschaftsrates der CDU e.V. in Hessen, gefördert und unterstützt vom AStA der Johann Wolfgang Goethe-Universität

## Die Idee:

Im Februar 2002 hatten Studenten der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main die Idee, ein Dialogforum zwischen Universität und Finanzplatz Frankfurt zu gründen. Ausgangspunkt dafür war die Erkenntnis, dass sich die Goethe-Universität in einer der führenden Finanzmetropolen Europas und der Welt befindet, ihre Bedeutung für den Finanzplatz derzeit jedoch gering und der Austausch mit dem Finanzplatz demzufolge ausbaufähig ist. Ebenfalls im Februar 2002 hat der Wirtschaftsrat Hessen gefordert, die Goethe-Universität zur zentralen

Finanzuniversität in Deutschland auszubauen.

## Das Ziel:

In Frankfurt bieten Universität und Hochschule einige finanztheoretische Studiengänge an. Diese Lehrveranstaltungen bilden wichtige Grundlagen für den Ausbau zur Finanzuniversität. Diesen gilt es zu verbinden mit im Aufbau befindlichen oder von der Landesregierung geplanten Institutionen wie der IT-Akademie des Landes Hessen, den Lehrstühlen für E- und M-Commerce, dem "Center for Financial Studies", der Errichtung eines "House of Finance", in dem die verschiedenen Disziplinen mit finanzwirtschaftlicher Themenausrichtung kooperieren sollen. Mittelfristig könnte hier ein eigener finanzwirtschaftlicher Fachbereich gegründet werden. Ein späteres "Ehemaligen-

Netzwerk" der Absolventen könnte zusätzliche Bindungen und Möglichkeiten schaffen.

Praxisnah sind darüber hinaus Kontakte und Austausch der wissenschaftlichen Institutionen mit Unternehmen, insbesondere Finanzdienstleistern, Banken und der Deutschen Börse zu verbessern und die Mitarbeit an realen Unternehmensprojekten zu ermöglichen.

## Die Umsetzung:

Das "Dialogforum Universität und Finanzplatz Frankfurt" hat die Aufgabe, eine institutionalisierte Plattform für einen Austausch zwischen Universität und Finanzwelt zu etablieren und das Ziel, die Schaffung einer Finanzuniversität, voranzutreiben. Dieses Vorhaben soll durch Podiumsdiskussionen und Vortragsveranstaltungen angestoßen werden. Unserem Selbstver-

ständnis gemäß wollen wir damit in der Universität beginnen und die Wirtschaft in dieses Forum einbeziehen. Dies erklärt die gemeinsame Initiative des RCDS Frankfurt und des Wirtschaftsrates Hessen.

## Der Kontakt:

Stefan Söhngen  
Landesverband Hessen  
Hartmann-Ibach  
Straße 51  
60389 Frankfurt am Main  
Telefon:  
0 69 / 46 99 21 63  
Fax: 0 69 / 79 82 30 94  
e-mail: [vorstand@rcds-frankfurt.de](mailto:vorstand@rcds-frankfurt.de)

Wirtschaftsrat  
der CDU e.V.  
Bockenheimer Anlage 37  
60322 Frankfurt am Main  
Tel.: 0 69 / 72 73 13  
Fax: 0 69 / 17 22 47  
e-mail: [lv-hessen@wirtschaftsrat.de](mailto:lv-hessen@wirtschaftsrat.de)

## “Rhein kritisiert Olympiagegner”

Als bedauerlich und nicht nachvollziehbar hat der Frankfurter CDU-Landtagsabgeordnete Boris Rhein das Engagement der Flughafenausbaugegner im Frankfurter Römer gegen die Olympia-Bewerbung bezeichnet. Rhein sagte, die FAG entwickle sich zu einer “Gegen-Alles-Partei”, die destruktiv sei und für eine perspektivlose Politik stehe.

Rhein sagte, kein politisches, kein religiöses und auch sonst kein Ritual der Welt fasziniere die Menschen so sehr wie die Olympischen Spiele. Olympia sei mehr als nur Sport. Daher sei die Bewerbung ein Glücksfall für Frankfurt und die Region.

Die Bewerbung stelle darüber hinaus, so der Abgeordnete, der auch Mitglied des Beirates der Frankfurt Rhein-Main 2012 GmbH ist, eine Riesenchance für Hessen, für die Region Rhein-Main, für Frankfurt, für die Sportvereine und die Sportler, für die Infrastruktur und die Weiterentwicklung des Hessen-Motors Rhein-Main dar.

Die Bewerbung um Olympia 2012 sei nicht nur ein Signal, daß Hessen mit seiner Top-Region und mit deren Zentrum einen Führungsanspruch unter den Regionen Europas anmelde, sondern sei das Bekenntnis der politisch Verantwortlichen, diese Führungsrolle eben auch kraftvoll zu gestalten, sagte der CDU-Politiker.

Frankfurt und seine Region sei lange so weltoffen, so dynamisch und so tatkräftig wie Düsseldorf, Stuttgart, Leipzig oder Hamburg und sei daher am besten geeignet für die Bewerbung.

Rhein: “Die Region und die Stadt ist international bekannt, genießt weltweit einen guten Ruf, ist national und international ausgezeichnet verkehrstechnisch angebunden, ist ein vitaler Wirtschaftsraum, hat eine

beachtliche kulturelle und sportliche Tradition und Infrastruktur. Ich bin sicher, daß Olympia 2012 -und sei es auch nur der Weg dahin- ein Faktor ist, diese Spitzenstellung zu bewahren. Olympia schafft Arbeitsplätze, sichert wirtschaftlichen Aufschwung, sorgt für einen besseren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und trägt den guten Ruf Hessens in die ganze Welt! Mir ist daher völlig unverständlich, wie man gegen Olympische Spiele in Frankfurt sein kann.”

Darüber hinaus erhalte der Sport in der ehemaligen Sporthauptstadt Deutschlands durch die Bewerbung und dem damit zusammenhängenden Schub endlich wieder den Stellenwert, der ihm zukomme. Davon würden der Breitensport und die Frankfurter Vereine ganz erheblich profitieren, sagte Rhein abschließend.

## Unser Mann für alle Fälle - Karl-Heinz Schüler 70 Jahre

Seinen ersten Wahlkampf bestritt Karl-Heinz Schüler schon an der Seite des CDU-Landesvorsitzenden Wilhelm Fay. Das war 1958. Damals fuhr Schüler mit seinem Motorrad, einer alten NSU-MAX, dem Wahlkampf-Tross voraus durch die hessischen Ortschaften und erkundete als “Späher” die Lage. Seitdem hat ihn die Politik nicht mehr losgelassen. Nicht nur in seiner Heimat in der Wetterau, wo er viele Jahre als Stadtverordneter in Nidderau wirkte. Als Beauftragter des Landesverbandes leitete Schüler über viele Wahlkämpfe improvisierte Parteibüros in entlegenen hessischen Regionen, die für die CDU noch nicht erschlossen waren, so in Arolsen, Dillenburg und Wetzlar. Zusammen mit Heinz Riesenhuber half Schüler in den 60er Jahren auch beim schwierigen

Aufbau des CDU-Kreisverbandes Wolfhagen, heute im Kreis Kassel-Land, bis ihn schließlich der damalige Kreisgeschäftsführer Walter Kettmann nach Frankfurt am Main holte. Schmunzelnd erzählt Schüler von den Wahlkämpfen für Fay, Dregger, Erhard oder Kiesinger, wo man “Affenkäfige” im Stadtgebiet aufstellte, große Gittertürme, auf denen die Wahlplakate der Union gut sichtbar angebracht waren.

Der selbständige Raumausstattermeister, mittlerweile im Ruhestand, gehört noch heute zum Bild der

bauten, Beflaggung, Standwartung, zwischendurch mal schnell noch Plakatständer rausstellen, dann zurück ins Lager fahren und die Materialausgabe organisieren - Wahlkampf auf Hochtouren! Karl-Heinz Schüler ist der treue und scheinbar unermüdete Helfer, ein “Partei-soldat” im besten Sinne des Wortes, ohne den vieles nicht möglich wäre. Am 15. Juni feierte er seinen 70. Geburtstag. Die Frankfurter CDU ist Karl-Heinz Schüler zu großem Dank verpflichtet. Herzlichen Glückwunsch und ad multos annos!



Frankfurter CDU auf jedem Parteitag, jeder Großkundgebung, zu jedem Info-Stand auf der Zeil. “Schüler ist da!”, eine Parole wie eine Geheimwaffe. Die Organisation läuft: Transport, Auf-

*Den Infowagen der CDU Frankfurt fest im Griff*

*Karl-Heinz Schüler fährt weiter voraus. Die NSU-MAX ist einer BMW gewichen.*



## Frauen in Familie und Beruf

### Werbung und Gesellschaft

#### FU-Initiative gegen frauenfeindliche und kindergefährdende Werbung

Wer hat noch nicht Reklame im Briefkasten gefunden wie die von BEST carwash in Frankfurt, die unter der Überschrift "Pflege Dein Auto wie Dich selbst" nicht etwa ein Auto, sondern eine nackte Frau zeigt. Auch Magazine, die nicht dem pornographischen Spektrum zuzuordnen sind, bis hin zu STERN und SPIEGEL, fangen in regelmäßigen Abständen billig Blicke auf dem Titelblatt. Frauen-diskriminierende Werbung ist so alltäglich, dass wir sie oft gar nicht mehr als solche wahrnehmen.

Wer Kinder hat oder versucht, mit den Augen eines Kindes die Umwelt wahrzunehmen, mag über viele Spots und Fotos nicht mehr achselzuckend hinwegsehen. Welches Menschenbild wird den Kindern vermittelt? Das natürliche Schamgefühl von Kindern wird oft rücksichtslos verletzt. Ich kenne Eltern, die bei Kinder-vorstellungen absichtlich spät ins Kino gehen, um die Werbung zu vermeiden. Leider muss man jederzeit mit vulgären oder gewalttätigen Szenen und Vorschauen rechnen. Wenn meinem neunjährigen Sohn die Bildzeitung in die Hand fällt, frage ich mich angesichts des unvermeidlichen (?) Pornogirls des Tages, ob die auflagenstärkste Zeitung Deutschlands dies nötig hat.

Wir alle müssen uns fragen: welche Selbstdarstellung unserer Gesellschaft wollen wir? Nehmen wir die frauenfeindliche Werbung hin, weil wir uns ohnmächtig fühlen? Was können wir tun, damit die Werte, die

wir Kindern vermitteln wollen, in der Öffentlichkeit nicht allzu oft konterkariert werden? Ich denke, dass wir viel mehr verändern können als wir glauben. Gerade Werbung ist auf Akzeptanz angewiesen.

Man kann sich mit seiner Kritik direkt an die Firmen wenden, die für die Werbemaßnahmen verantwortlich sind, und/oder an den Deutschen Werberat, Bonn, der erfolgreich ist in seinem Bemühen, Beschwerden aus der Bevölkerung zu behandeln. 97 Prozent der Firmen zogen im Jahr 2000 die beanstandeten Werbemaßnahmen zurück oder veränderten sie.

Die FU Frankfurt (Arbeitskreis Frauen in Familie und Beruf) hat eine Initiative ins Leben gerufen, die wir anbei dokumentieren. Jede Unterstützung ist willkommen!

Christina Althen, Frankfurt

## Termine

02.07.2002



### Bundeswehr im Spannungsfeld

15.00 Uhr

Zum Thema "Die Bundeswehr im Spannungsfeld zwischen Anspruch und Wirklichkeit" referiert Stefan Sydow, Jugendoffizier der Bundeswehr, Haus Ronneburg, Gelnhäuser Straße 2. Eine Veranstaltung der Senioren-Union.



12.07.2002

### Sommerfest Oberrad

16.00 Uhr

Jährlicher Kerbeumtrunk der CDU-Oberrad in Zusammenarbeit mit dem Weinkeller Oberrad, Cave de Neufville, De-Neufville-Straße 40.

10.08.2002

### OMV-Sommerfest

im "Heinrich-Kraft-Park" in Frankfurt-Fechenheim. Anmeldungen und nähere Informationen bei Andreas Rust unter 069-9720190.

17.08.2002

### Sommerfest CDU Fechenheim

14.00 Uhr

Sommerfest des CDU-Stadtbezirksverbandes Fechenheim auf dem Gelände der Kleintierzuchtanlage H 147.

07.09.2002



### Fischerfest mit der CDU Fechenheim

13.00 Uhr

Veranstaltung des Arbeitskreises der Fechenheimer Vereine



26.08.2002

### Berufstätigkeit und Erziehung

19.00 Uhr

Erfahrungsaustausch mit Frau Dr. Ockenfels, Klinikärztin mit 2 Kindern, Rathaus-Römer, Raum 348, Bethmannstraße 3. Eine Veranstaltung des FrauenUnion-Arbeitskreises "Frauen in Familie und Beruf".

23.09.2002

### Gewaltschutzgesetz

19.00 Uhr

Zum Thema "Gewaltschutzgesetz - Wunsch und Realität" spricht die Stadtverordnete Astrid Heil, Rathaus-Römer, Raum 348, Bethmannstraße 3. Eine Veranstaltung des FrauenUnion-Arbeitskreises "Frauen in Familie und Beruf".

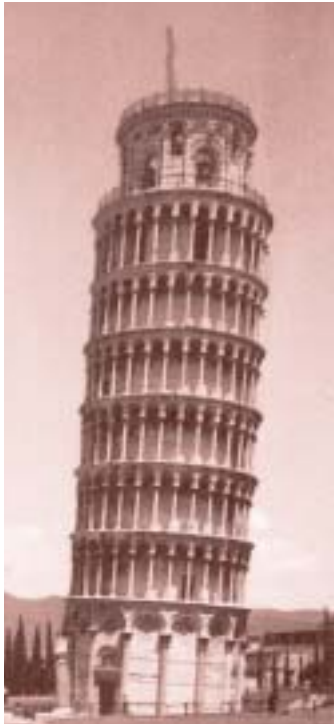
28.10.2002

### Karriere oder Familie?

19.00 Uhr



Dazu spricht Nathalie Stoll, die ihre Arbeit im französischen Senat kündigte, um in Frankfurt eine Familie zu gründen, Rathaus-Römer, Raum 348, Bethmannstraße 3. Eine Veranstaltung des FrauenUnion-Arbeitskreises "Frauen in Familie und Beruf".



## Auswirkungen der PISA-Studie 19.00 Uhr

Zu diesem Thema spricht Christel Herren, Lehrerin und Mitglied des ACDL Hessen, Rathaus-Römer, Raum 350, Bethmannstraße 3. Eine Veranstaltung des FrauenUnion



Am 26. April wurde der EAK-Vorstand neu gewählt. Erneut zur Kreisvorsitzenden wurde die Stadtverordnete Hella Welker gewählt. Als Stellvertreter stehen ihr zur Seite: Arndt-Peter Koepen, Hilde Krause und Christof Warnke. Das Amt des Schriftführers liegt in den Händen von Dr. Klaus Christian Maier. Als Beisitzer fungieren Brigitte Babbe, Thomas Kirchner, Dr. Alfred Pfeil und Gisela Stamm.

## Lesenswert 1:



## Merkel, das "Mädchen"?

Obwohl die Journalistin Evelyn Roll in ihrer Merkel-Biographie unserer Parteivorsitzenden große Hochachtung zollt, verwendet sie wiederholt diesen Begriff. In gleicher Weise kritisiert sie den Medienrummel und wiederholt trotzdem falsche Phrasen über die CDU. Erstaunen erzeugt die Autorin hingegen bei Darstellungen zur DDR-Vergangenheit, die nichts beschönigen. Das hätte man von einer leitenden Redakteurin der Süddeutschen Zeitung weniger erwartet.

Die CDU-Parteivorsitzende Dr. Angela Merkel wird warmherzig präsentiert. Da-

durch kann der Leser sie erleben, wie sie von den Medien nicht gezeigt wird. Nun läßt sich erahnen, welche Qualitäten Angela Merkel besitzt. Das Buch ist gekonnt flüssig geschrieben, so daß es auch am Abend eines harten Arbeitstages gelesen werden kann.

Wer diese Novität in einer Buchhandlung durchblättern möchte, sollte vielleicht zuerst einen Blick auf die Seiten 17, 52, 123 und 129 werfen. Ihre Lektüre könnte zum Kauf verleiten. In der zweiten Hälfte des Buches wiederholt sich manches, bekommt es erhebliche Längen.

EAK informiert

15.08.2002

19.00 Uhr

Diakonissenhaus,  
Eschersheimer Landstraße  
122

**Thema: Stadt und  
Kirche in einer  
pluralistischen  
Gesellschaft**

Referentin: Oberbürger-  
meisterin Petra Roth

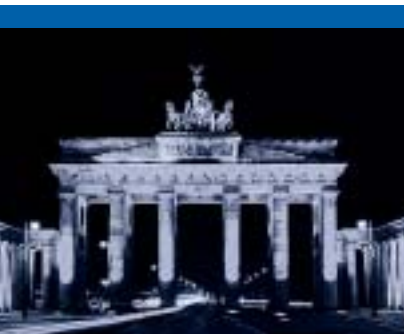
02.9.2002

18:30 Uhr

Titusform (Bürgerhaus  
Nordweststadt)

**Thema: PISA -  
Ursachenanalyse  
und Konsequenzen**

Referent: Andreas Lenz,  
Referendariatsleiter im Hes-  
sischen Kultusministerium



03.10.2002

**Tag der  
Deutschen Einheit**

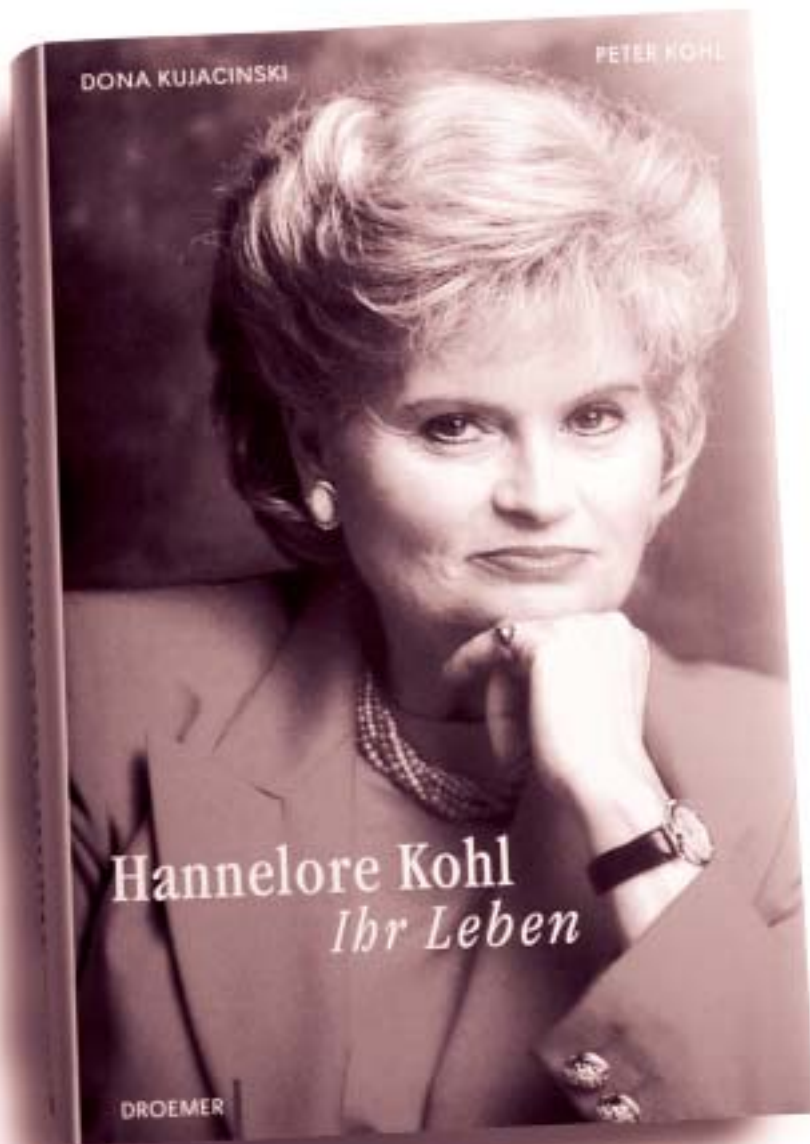
11.00 Uhr

Traditionelle Feier der  
**CDU Gallus-Gutleut** zum  
Tag der Deutschen Einheit  
vor dem CDU-Büro Gallus.  
Neben einem kühlen Bier  
vom Faß wird es deftige  
Hausmannskost zu essen  
geben: Pfälzer Saumagen zu  
Ehren des Kanzlers der  
Deutschen Einheit.

16.00 Uhr

Feier des **CDU-Stadtbe-  
zirksverbandes Fechen-  
heim** zum Tag der Deut-  
schen Einheit. Ort, Zeit und  
Festredner werden noch  
bekanntgegeben.

## Lesenswert 2: First Lady



ihren Mann und für die Familie aufopferte, indem sie ständig ihre Wünsche hintanstellte.

Diese Biographie, geschrieben vom jüngeren Sohn und der Journalistin, die die beiden letzten Interviews mit Hannelore Kohl führte, wurde bereits reichlich rezensiert und

beworben. Man merkt dem Buch an, daß es unter Zeitdruck verfaßt wurde; denn die Komposition und Ausführung der einzelnen Schilderungen wirkt teilweise roh. Ebenso stößt auf, daß die Hauptautorin für die Klatschpresse geschrieben hat: der Stil ist immer wieder plump-kitschig. Das schadet der Bedeutung der Biographie.

Der Blick hinter die Kulissen wird durch viele Bilder aus dem Familienleben und von offiziellen Empfängen verstärkt. Das umfangreiche Buch ist eine Lektüre für alle, die mehr über das Leben einer großen, disziplinierten Frau erfahren möchten.

Dona Kujacinski, Peter Kohl:  
Hannelore Kohl. Ihr Leben,  
München 2002.

ISBN 3-426-27271-7

Es war einmal ... Ein solcher Gedanke kommt bei der Biographie der tragisch verstorbenen Frau des Altbundeskanzlers auf, wenn man bedenkt, daß Helmut Kohl als Bundeskanzler noch mit einer Ehefrau auskam. Da hat es inzwischen bei ehemaligen und noch amtierenden Mitgliedern des Bundeskabinetts eine steile Inflation gegeben. Hannelore Kohl steht für eine Generation, deren Werte heute scheinbar nicht mehr gelten; sie symbolisiert - und das zeigt dieses Buch - den Aufbau einer demokratischen Nation, die allen einen Freiraum zum Glück schuf. Dieses Glück war Hannelore Kohl fast bis ans Ende geschenkt worden; ein Geschenk, das sie sich durch stetes Engagement angeeignet hatte. Auffällig ist aber auch, wie sehr sie sich für

### Becker: Gemeindefinanzreform muss Kommunen von Lasten befreien und wieder Spielraum geben



#### Arbeitskreis "Große Städte in Deutschland" sieht kommunale Selbstverwaltung in Gefahr

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Uwe Becker hat heute nach seiner Rückkehr von der Tagung des Arbeitskreises "Große Städte in Deutschland" eine umfassende Gemeindefinanzreform gefordert. Diese solle die im Grundgesetz verankerte finanzielle Eigenverantwortung der Kommunen gewährleisten. "Die Reform muss unsere Finanzkraft dauerhaft auf eine solide Grundlage stellen und den Gemeinden berechenbare und wachstumsfähige Steuerquellen erschließen", sagte Becker. Dabei müsse das Interesse der Kommunen an der Ansiedlung von Unternehmen sowie der Schaffung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen berücksichtigt werden. "Eine Kernforderung

der Kommunen ist die Umsetzung und Anwendung des Konnexitätsprinzips im Verhältnis Bund/ Kommune sowie im Zusammenspiel der Länder mit ihren Gemeinden", betonte Becker.

Im Arbeitskreis "Große Städte in Deutschland" der Kommunalpolitischen Vereinigung von CDU und CSU (KPV) treffen sich zweimal jährlich die CDU- und CSU-Fraktionsvorsitzenden und Fraktionsgeschäftsführer der großen Rathausfraktionen in Deutschland zu kommunalpolitischen Arbeitstagungen. Kerninhalt der jüngsten Sitzung in Köln am vergangenen Wochenende vom 24. bis 25. Mai war die finanzielle Ausstattung der Kommunen in Deutschland.

Für Becker stellen folgende finanzpolitischen Eckpunkte die wesentlichen Ergebnisse der Tagung dar:

#### 1. Gewerbesteuerumlage sofort senken

Wenn die Gewerbesteuer wegfällt drohe der kommunalen Selbstverwaltung der finanzielle Kollaps. Um die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu sichern, sei ein sofortiges Handeln nötig. "Der von 2001 bis 2004 von bislang 20 % auf jetzt knapp 30% steigende Anteil von Bund und Ländern an der Gewerbesteuer muss sofort gesenkt werden", forderte Becker. Der hohe Bestand an Kassenkrediten mache deutlich, dass Zinsen, Personalkosten und Sozialhilfe in hohem

Maße mit Krediten finanziert werden. "Es kann nicht angehen, dass städtische Angestellte oder die Sozialhilfe mit geliehenem Geld bezahlt werden".

#### 2. Keine Beschlüsse gegen die Kommunen

Becker begrüßte die Einberufung der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen. "Der beispiellose Absturz kommunaler Steuereinnahmen in jüngster Zeit, der starke Verfall der Investitionen, die stark gestiegenen Sozialausgaben und staatlichen Lastenverschiebungen auf die Kommunen machen eine Reform unausweichlich", sagte Becker. Für die Arbeit und die Beschlüsse der Kommission forderte der Fraktionsvorsitzende aber, keine Beschlüsse in der Finanzkommission gegen das Votum der Kommunalen Spitzenverbände zu fassen.

3. Kommunen im Gesetzgebungsprozess beteiligen

"Die Mitwirkungsrechte der Kommunen bei Gesetzgebungsverfahren müssen verstärkt werden". Becker forderte, das Konnexitätsprinzip (Grundsatz: "Wer bestellt, bezahlt") im Grundgesetz zu verankern. Dabei schlug Becker ein Konsultationsmechanismus nach österreichischem Beispiel vor. Danach müssen die kom-

munalen Spitzenverbände konsultiert werden, sobald Bund oder Länder neue Aufgaben gesetzlich fixieren, die die Gemeinden übernehmen und finanzieren sollen. Kommt keine Einigung zustande, muss die Ebene die Kosten tragen, die das Gesetz veranlasst hat.

"Der Teufelskreis zwischen wachsenden Aufgaben, sinkenden Einnahmen und steigenden Defiziten muss in Frankfurt durchbrochen werden. Die Krise beruht in hohem Maße auf Fehlern in unserem Finanzsystem. Bund und Länder dürfen nicht länger Kosten auf die Kommunen verschieben", fasste Becker seine Forderungen zusammen.



# Die Bundestagswahl steht unmittelbar bevor

Die Hauptdarsteller im Bundestagswahlkampf 2002, Edmund Stoiber und Gerhard Schröder, sind bereit. Ihre Wahlkampfmanager inszenieren den perfekten Auftritt. Und das Publikum stimmt ab - zu Hause vor dem Fernseher.

Von Alexander Zell  
Dieser Bundestagswahlkampf ist anders als jeder zuvor. Das hat Tissy Bruns, Parlaments-Chefin der Tageszeitung "Die Welt" bereits vor der Entscheidung der Union für Edmund Stoiber als Kanzlerkandidaten geahnt. "Vor allem die Männer in den Redaktionen haben so viel über die Frisur von Angela Merkel geschrieben, dass damit bereits eine Art Vorentscheidung getroffen ist", sagte die Journalistin.

Wie niemals vorher werde der Wahlkampf an Äußerlichkeiten aufgehängt, erklärte Bruns beim "media coffee" der dpa-Tochter news aktuell in Berlin. Selbstdarstellung, Outfit, Showtalent und Unterhaltungswert sind wichtiger als Gesetzentwürfe und Konzepte. Was zählt, sind Köpfe - und das möglichst in "Bild und Glotze", weiß auch der Kanzler selbst. Sich zwischen Personen zu entscheiden, sei schließlich einfacher als zwischen politischen Inhalten, glaubt auch Ulrich Deppendorf, Leiter des ARD-Hauptstadt-Studios in Berlin. "Schröder hopp und Stoiber flopp - oder umgekehrt. Das ist einfach. Bei Programmen ist das schwierig".

Die Wahlkampfmanager der großen Parteien heben indessen die Bedeutung von

Sachthemen hervor. Wenn Michael Spreng (Union) und Matthias Machnig (SPD) ihren Wahlkampf beschreiben, dann inszenieren auch sie unweigerlich ihre beiden

meint der langjährige Chefredakteur der "Bild am Sonntag". "Alle weiteren Hoffnungen der SPD werden sich auch nicht erfüllen". Für ihn sei entscheidend, was einer geleistet hat, was er verspricht und wie glaubwürdig er ist". Und diese Entscheidung falle seiner Meinung nach zugunsten des bayeri-

schen Ministerpräsidenten aus.

"Schröder wird mal als Gewerkschaftskanzler verkauft, mal als Intellektuellenfreund, mal als Genosse der Bosse - und keiner weiß, wer der echte ist".  
Michael Spreng

## CDU Bundestagskandidat Frank startet Internet-auftritt

Der Direktkandidat der CDU für den Wahlkreis Frankfurt am Main I (183) Markus Frank hat im Internet ein interaktives Bürgerforum eingerichtet. Unter der Adresse [www.frank2002.de](http://www.frank2002.de) können sich Bürger 24 Stunden am Tag an 7 Tagen pro Woche über die politischen Ziele und persönlichen Ansichten des CDU Bewerbers informieren.

Markus Frank sieht in der Nutzung der Internettechnologie für die Kommunikation mit dem Wähler einen wichtigen Baustein für sein ehrgeiziges Ziel bis zum Wahlsonntag, am 22. September 2002, jedem Bürger seines Wahlkreises die Gelegenheit zu geben, ihn kennenzulernen und mit ihm in Kontakt zu treten. Dazu wird er rund 200 Veranstaltungen besuchen, darunter Jubiläen und Festveranstaltungen, Ehrungen und Straßenfeste sowie Bürgersprechstunden in den einzelnen Stadtteilen. Dieser Dialog mit den Menschen wird in der Welt des globalen Netzes fortgesetzt. Im Bürgerforum können in freier Rede Themen und Probleme angesprochen werden. Besonders positiv findet Frank, daß in diesem Bürgerforum die Menschen auch direkt miteinander in Kontakt treten können. Zugleich nimmt Markus Frank Anregungen und Kritik auf und beantwortet Fragen, die im Forum an ihn oder die CDU gerichtet werden. Markus Frank sieht im Bürgerforum eine zeitgemäße Variante des politischen Diskurses, wobei in freier und unbeeinflußter Weise Ansichten und Meinungen vorgetragen werden und miteinander in Wettbewerb treten.

## Die Stadtverordnete Maria José de los Rios teilt mit:

### 1. Frauen in Familie und Beruf

Über ihre "Karriere zwischen Universität und wissenschaftlichem Ehrenamt" berichtete jüngst Dr. Sieglinde Hartmann im Arbeitskreis "Frauen in Familie und Beruf", der sich jeweils am 4. Montag eines Monats trifft. Die wissenschaftliche Leiterin der in Frankfurt ansässigen "Oswald von Wolkenstein-Gesellschaft" hatte Lehraufträge an mehreren deutschen Universitäten sowie der Sorbonne. Im Arbeitskreis stellte die Mediävistin Hartmann außerdem den Namenspatron ihrer Gesellschaft vor.

### 2. Frau sein, schlau sein

Im Erfahrungsaustausch der Frauen-Union am 27. Mai stellte sich die Künstlerin

Dominique Chapuis mit ihrem Schaffen vor. Ihre Arbeiten waren und sind in Ausstellungen sowohl in Deutschland als auch in Frankreich zu sehen. Gleichzeitig werden sie in Büchern dokumentiert sowie von ihr in bildkünstlerische literarische Leistungen umgesetzt. Für Chapuis bildet die Vielfalt ihrer Kunst eine formale Einheit, in der unterschiedliche Aspekte des Frauseins wie Körper, Alltag, Rollenerwartung, Stellung und Identität

zum Ausdruck kommen. Sie verfügt zwar über emotionale Freiräume, um ihre Kunst zu produzieren, aber die leistungsorientierten Prämissen wirken gleichzeitig kreativhemmend. Dominique Chapuis hat nach Berufstätigkeit, Kindererziehung und Kunststudium den Weg in die professionelle Kunst gefunden und muss mit den dort bekannten Problemen kämpfen.

*Dominique Chapuis, Künstlerin zu Gast bei der Frauen-Union*





## Frank dankt Polizei und ehrenamtlichen Kräften

Dass Frankfurt am Main im Gegensatz zu anderen deutschen Großstädten bislang von schweren Krawallen verschont worden ist, führt der CDU Bundestagskandidat und stellv. Fraktionsvorsitzende in der Stadtverordnetenversammlung Markus Frank zu großen Teilen auf das entschlossene und zielgerichtete Handeln der Polizei zurück. Er danke den über 5000 eingesetzten Polizisten aus Hessen und den umliegenden Bundesländern, dafür, dass sie Schlimmeres verhindert hätten.

Frank war in seiner Eigenschaft als Demonstrationsbeobachter der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung bereits ab 7 Uhr an den brisanten Orten. Durch genaue und sorgfältige Kontrollen der anreisenden Rechtsextremisten habe verhindert werden können, dass verfassungsfeindliche Symbole und Transparente gezeigt sowie gefährliche Gegenstände eingeschuggelt werden konnten.

*Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Markus Frank als Demonstrationsbeobachter am 01. Mai 2002*

Als in einem demokratischen Rechtsstaat nicht tolerierbar nannte Frank die von linken Gruppen vertretene These, dass Gewalt gegen rechts legitim sei. Die Annahme "linke Gewalt ist gute Gewalt" ist mit der Freiheitlich Demokratischen Grundordnung Deutschlands unvereinbar. Trete man diesen Ansichten nicht entschlossen entgegen, werde Frankfurt schnell zum Schlachtfeld extremistischer Gruppen.

Nach der Demonstration besuchte Markus Frank noch Einsatzkräfte der Frankfurter Freiwilligen Feuerwehren, die ehrenamtlich am Feiertag auf den Wachen Dienstbereitschaft hatten. Dass die Feuerwehrleute ebenso wie die Mitglieder von Rotes Kreuz, Johanniter Unfallhilfe, Arbeiter Samariter, Bund und anderer Hilfsorganisationen statt mit Freunden und Familie den Feiertag zu verbringen, Dienst in ihren Wachen verrichten würden, verdiene viel mehr gesellschaftliche Anerkennung, so Markus Frank.

## Becker und Frank: Engagement im Umweltschutz zahlt sich aus

CDU-Fraktion informiert sich am Tag der Umwelt über das Umweltkonzept der Frankfurter Sparkasse

"Ziel war es, wie in jedem Jahr am Tag der Umwelt, betriebliche Umweltschutzmaßnahmen eines Unterneh-

mens in Frankfurt genauer unter die Lupe zu nehmen", sagte der stellvertretende Vorsitzende und umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Markus Frank. Zusammen mit den Mitgliedern des CDU-Arbeitskreises Umwelt informierte sich Frank über das Umweltmanagementsystem der Frankfurter Sparkasse. "Der interne Bewusstseinswandel in den Unternehmen, den Umweltschutz als Unternehmensziel zu verankern, setzt sich in den Vorstandsetagen nach und nach durch", ist sich Frank sicher.

Die Frankfurter Sparkasse hat 1998 als erstes Kreditinstitut in Frankfurt das Öko-Audit-Zertifikat von der Industrie- und Handelskammer erhalten. Das Zertifizierungsverfahren dauerte insgesamt 30 Monate. Das Umweltmanagement soll dabei nicht nur für weniger Umweltbelastungen, sondern auch für Kosteneinsparungen und damit für mehr Wirtschaftlichkeit im Unternehmen selbst sorgen. "Am Beispiel der Frankfurter Sparkasse sieht

*Der Fraktionsvorsitzende Uwe Becker und sein Stellvertreter Markus Frank lassen sich von Mitarbeitern der Frankfurter Sparkasse die Aufbereitungsanlage für Küchenabwasser erläutern*





*Becker und Frank testen Erdgasauto der Frankfurter Sparkasse*

man, dass Umweltschutzaktivitäten und betriebswirtschaftliche Unternehmensführung keine unvereinbaren Gegensätze darstellen“, sagte Frank. Vielmehr lasse sich ein Einklang von Ökologie und Ökonomie aufzeigen. Durch eine Reduzierung der Abfallmengen verringerten sich die Entsorgungskosten um ca. 65 % von 613.000 EUR im Jahre 1990 auf ca. 110.000 EUR im Jahre 2001. Nach Angaben der Frankfurter Sparkasse würden die Entsorgungskosten ohne Abfallmanagement heute ca. 1,2 Millionen EUR betragen.

Neueste Errungenschaft der Frankfurter Sparkasse ist die selbstentwickelte Aufbereitungsanlage für Küchenabwasser, die gewährleistet, dass die Abwasser fettfrei und ph-neutral in die Kanalisation gelangen.

“Mit ihrem Eintreten für einen modernen betrieblichen Umweltschutz leistet die Frankfurter Sparkasse einen wichtigen Beitrag für eine positive Entwicklung der Umwelt- und Arbeitsverhältnisse in Frankfurt. Weitere Unternehmen sollten sich diesem Vorbild anschließen“, fasst Frank den Besuch zusammen.

## Stephan Siegler - der Easy Rider aus dem Riederwald

Er ist kein politisches Leitgewicht, und stattdessen müssen die Motorräder schon sein, denen seine Leidenschaft gilt; dabei auch grundsätzliche und

robust, wie der Stadtverordnete selbst, eben eine Harley-Davidson.

Siegler liebt die Freiheit auf zwei Rädern, bei all den Zwängen politischer Kompromisse; sich Wind und Wetter um die Nase wehen zu lassen nach den vielen

Stunden in geschlossenen Räumen, sei es im Beruf oder bei abendlichen Sitzungen im Römer. Auf seiner Maschine sei er friedlich, sagt er; in der Politik erlebt man Siegler kämpferisch, der im Beruf als Kriminalbeamter konsequent ist.

Wenn er selbst Hand anlegt, eine alte Maschine restauriert und dafür im Winter schraubt und werkelt, so ist dies für Stephan Siegler entspannend: er sieht das Ergebnis seiner Arbeiten.

Für den Frankfurter CDA-Vorsitzenden und Vorsitzenden des Rechtsausschusses, der die Einheit von Sicherheit und Soziales betont, bleibt häufig wenig Zeit, um auf der Landstraße unterwegs zu sein; dann vermisst er diesen Ausgleich, der ihm neue Kraft für seine Aktivität gibt. Übrigens; weitere Fotos zu seinen Harleys finden sich über die Homepage [www.stephan-siegler.de](http://www.stephan-siegler.de).



*Stephan Siegler mit Patenkind Tanja und deren Bruder Marcus*

## Stadtrat Ulrich Caspar

Der junge ehrenamtliche Stadtrat ist ein engagierter Bürger, der seit vielen Jahren in unterschiedlichen Ämtern politische Erfahrungen gesammelt hat. Sein Werdegang in der Politik ist ebenso konsequent wie im Beruf. Stadtrat Caspar ist stolz darauf, ein Frankfurter zu sein. Wie früher ein Vertreter einer Stadtrepublik, so lebt er das Ideal der Römischen Republik, es als Ehre anzusehen, sich für die Belange der Allgemeinheit einzusetzen; die vornehmste Pflicht ist demnach das Wohl des Volkes. Diese Werte und der Bedeutungsgehalt von lateinischen Begriffen wie *virtus* und *dignitas* hat ihm der Lateinunterricht vermittelt.

Sein politisches Engagement ist auch durch das Schicksal seiner Eltern ange-regt worden, die bei Kriegsende aus Königsberg vertrieben wurden. Deshalb wendet sich Ulrich Caspar gegen jeden politischen Extremismus. Wie er selbst geprägt wurde, so gibt er seine Überzeugungen weiter: seine beiden älteren Kinder sind bereits Mitglied in der Jungen Union, für das kleine fehlt es an einer "Baby-Union", fügt er im Gespräch augenzwinkernd an.

Konsequent und professionell entwickelte er seine berufliche Karriere. Er schloss erfolgreich ein Studium ab, das die Wirtschaftswissenschaften mit den technischen Kenntnissen eines Ingenieurs verband. Zugleich wirkte er im Betrieb des Vaters mit. Bald begann er mit der Betreuung und Entwicklung von Immobilien in Deutschland, in der Schweiz und in den USA. Die Wiedervereinigung sah er als Chance und Verpflichtung. In den ersten Jahren danach leistete er Aufbauarbeit, gab marktwirtschaftliches Know-how weiter und beriet von Eisenach aus Unternehmen bei ihren Neugründungen. An-

schließend war er Direktor einer Privatbank, wo er den Geschäftsbereich Immobilien leitete. Schließlich führte er die verschiedenen Zweige seiner Tätigkeiten zusammen und baute ein eigenes Unter-



nehmen auf, das international tätig ist und in der Bau- und Immobilienbranche berät. Gegenwärtig konzipiert Ulrich Caspar Immobilienfonds.

Ebenso konsequent setzte Stadtrat Caspar sich für seine politischen Ziele ein. Es begann mit 14 Jahren in der Schülerarbeit; als Student war er selbstverständlich im RCDS aktiv. In jungen Jahren wurde er Vorsitzender der Jungen Union Frankfurt am Main. Diese frühen Erfahrungen ergänzte er durch theoretisches Wissen: nach seinem Wirtschaftsstudium hörte er nebenberuflich Politik, Geschichte und Soziologie an der Goethe-Universität. Zu den zeitweiligen Parteiämtern eines stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Praunheim/Westhausen und der Wahl in den Vorstand der CDU-Frankfurt kamen bald öffentliche Ämter: Stadtrat Caspar war seit 1977 zwölf Jahre Stadtbezirksvorsteher in Praunheim, außerdem war er von 1981 bis 1989 im Orts-

beirat Rödelheim/Hausen/Praunheim, den er von 1981 bis 1985 als Ortsvorsteher leitete. Anschließend saß er von 1989 bis 1993 und nochmals von 1997 bis 2001 im Parlament des Umlandverbandes,

Hessischen Landtag nach der Wahl am 2. Februar 2003 einsetzen. Damit möchte er die Nachfolge von Heide Degen antreten, deren Stellvertreter er bereits 1978 und 1982 war. Der Routinier blickt neugierig der neuen Aufgabe entgegen.

Eine Gemeinsamkeit sieht der Unternehmensberater bei seinen Mandanten wie in der Politik: vorhandene Ressourcen seien besser zu nutzen. "Es gibt einiges zu tun in Frankfurt", sagt er unternehmungslustig. Die Ressource Zeit handhabt er sehr sorgfältig. Weil die Familie möglichst wenig Opfer bringen soll, hat er im Winter kaum noch Zeit zu seinem Lieblingssport gehabt, dem Skilaufen. "Man kann seine Arbeit nicht gut machen, wenn man keine positive Einstellung dazu hat", erklärt er. Ohne Zweifel, die hat Stadtrat Ulrich Caspar im Beruf wie in der Politik.

## Großer Hirschgraben

"Nur Narren begünstigen die Pfuscherei, und die sind überall zu Hause!" schimpfte Johann Wolfgang von

wo er zuletzt Planungspolitischer Sprecher war. Darauf folgte seine Wahl in den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main. Darüber hinaus leitet Caspar seit zwei Jahren den Arbeitskreis Wohnungsbaupolitik in der Frankfurter CDU. Der Planungsexperte ist zudem Mitglied im Arbeitskreis Wohnungswirtschaft und Städtebau der hessischen CDU. Zu seinem allgemeinen Engagement gehörte auch die langjährige Vorstandsarbeit in der evangelischen Kirche.

Politische Ziele in der Kommunalpolitik sind für ihn mehr Baugebiete für Eigenheime auszuweisen, die Gewerbesteuer zu senken, im öffentlichen Nahverkehr attraktivere Takte zu schaffen wie auch für mehr Parkplätze zu sorgen. Trotz beruflicher Aufgaben in verschiedenen Ländern schlägt sein Herz für Frankfurt; die Jahre vom Kind bis zum jungen Mann in Praunheim haben ihn in Frankfurt fest verwurzelt. Für unsere Stadt will er sich im



Goethe in seinen Werken und ließ wissen, er verachte die Pfsucherei "wie eine Sünde". Wo Goethe allerdings selbst zu Hause war - zumindest in seiner Jugend in Frankfurt - das besichtigte die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung (OMV)-Frankfurt am Main am 27. Mai bei einem Besuch im Frankfurter Goethehaus, zu dem der Kreisvorsitzende Andreas Rust eine große Zahl Mitglieder und Interessierte begrüßen konnte. Nach dem Besuch des Friedrich-Stoltz-Turms im letzten Jahr setzte die OMV-Frankfurt damit eine Erlebnisreihe über große Frankfurter Denker und Freiheitskämpfer fort, denn, so der Stadtverordnete Rust: "Denken ist interessanter als Wissen, aber nicht als Anschauen!"

OMV-Informationen erhalten Sie unter der Telefonnummer: 069-9720190

## Pressearbeit der Fraktion

Verantwortlich:

Alexander Zell, Pressesprecher  
Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

Telefon: (069) 138 728 0

Fax: (069) 291 355

Internet: [www.cdu-fraktion-ffm.de](http://www.cdu-fraktion-ffm.de)

e-mail: [post@cdu-fraktion-ffm.de](mailto:post@cdu-fraktion-ffm.de)

**Gauls:**

### Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen CDU für Reform im sozialen Wohnungsbau

28.05.2002/056

Die wohnungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Ursula Gauls forderte nach der Anhörung der Ausschüsse Wohnen sowie Jugend und Soziales, dass Wohnen in Frankfurt für alle Bevölkerungsschichten nicht nur erstrebenswert, sondern auch finanziell möglich sein muss.



"Die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum ist eine der wichtigsten sozialen Fragen und die Lage am Wohnungsmarkt ist besonders für junge Familien ein Problem", sagte Gauls.

Sehr kritisch begleitete Gauls die Arbeit des zuständigen Wohnungsdezernenten Achim Vandreike. "Das Zahlenmaterial, das als Grundlage für zukünftige Entscheidungen in der Wohnungspolitik dient, ist auch nach Aussage der Verfasser des Sozial-

berichts, Teil III mehr als lückenhaft", sagte Gauls. Wie Vandreike ohne Kenntnis der vollständigen Daten eine Analyse vorstellen und daraus Handlungsmöglichkeiten ableiten will, bleibe sein Geheimnis. Deshalb werde die CDU-Fraktion seine Arbeit sehr aufmerksam und mit eigenen Vorschlägen begleiten.

Die CDU habe den sozialen Wohnungsbau zu einem zukunftsweisenden Konzept der sozialen Wohnraumversorgung weiterentwickelt. So sei bereits auf Bundesebene der Entwurf eines Wohnungsbauänderungsgesetzes vorgelegt worden, um den übertriebenen Kürzungen der rot-grünen Bundesregierung bei den Fördermitteln für den sozialen Wohnungsbau entgegenzuwirken.

"Wir haben das Ziel, Wohnungen zu schaffen, die nach Größe, Ausstattung und Miete für die breiten Schichten der Bevölkerung bestimmt und geeignet sind",

machte Gauls ihre Position deutlich. Instrumente seien dabei die Objektförderung, also der Wohnungsneubau (Miet- oder Eigentumswohnungen), und die Subjektförderung, also die finanzielle Unterstützung des Bürgers durch Wohngeld. Dieses letztere Instrument sei extrem flexibel, da es sich an Einkommen, Familienstand und Mietniveau des Empfängers anpassen kann. "Langfristig müssen wir von der Objektförderung zur Subjektförderung kommen", umschrieb Gauls die Aufgaben für die Zukunft. Die Behandlung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen werde dadurch gerechter und der Verwaltungsaufwand außerdem verringert.

"Ziel kommunaler Wohnungsbaupolitik muss sein, Wohnen in der Stadt wieder allen Bevölkerungsschichten zu angemessenen Preisen zu ermöglichen", fasste Gauls zusammen.

**Welker:**

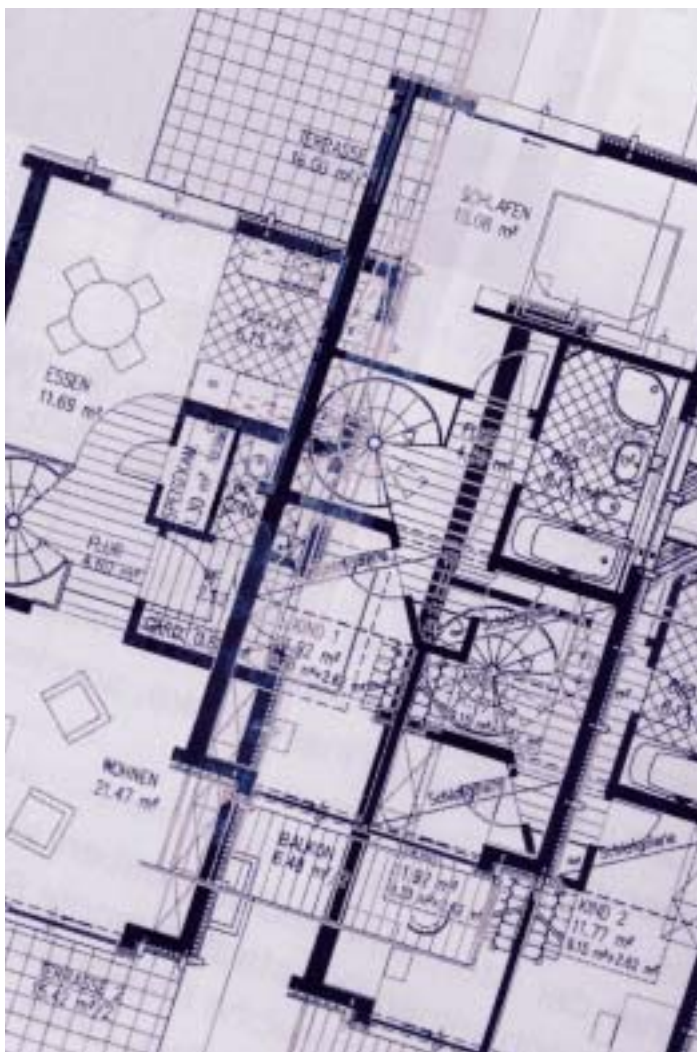
### Wieviele Oberstufen braucht Frankfurt?

29.04.2002/047

Schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion stellt Widersprüche in den Aussagen der Schuldezernentin fest

Die schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Hella Welker versteht die Welt nicht mehr. Einerseits habe die Schuldezernentin laut Presseberichten festgestellt, dass Frankfurt sich kleine Oberstufen aus ökonomischen Gründen nicht mehr leisten könne; andererseits habe sie die Ablehnung der Oberstufe für die Paul-Hindemith-Schule durch das Hessische Kultusministerium bedauert, obwohl hierdurch vermieden wird, dass benachbarte Schulen ausgedünnt werden.

"Das verstehe, wer will. Hier klaffen Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander", sagte Welker. Sie warn-



te gleichzeitig davor, zu massiv in die bestehende Schul-landschaft einzugreifen. "Heute ist das angesichts der angespannten Haushaltslage nicht verantwortbar", machte Welker deutlich. Ein Oberstufenbedarf im Gallusviertel könne sich vielleicht in Zukunft aufgrund der Westhafenbebauung ergeben.

Zur Zeit sei es aber sinnvoller, bestehende Frankfurter Schulen gründlich zu sanieren, bevor weitere Neubauten beschlossen werden. Auch 2003 werde das Geld voraussichtlich nur für wenige der sanierungsbedürftigen Schulen ausreichen. "Das Gebot der Stunde sind die Beseitigungen bestehender Schäden und nicht die Träume von neuen integrierten Gesamtschulen oder Oberstufen", stellt Welker fest.

## Vowinckel: Aufwertung des Blittersdorffplatzes

31.05.2002/058

CDU-Fraktion sieht in der Bebauung des Blittersdorffplatzes eine Chance, dem Platz eine urbane Fassung zu geben

Der planungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Klaus Vowinckel begrüßt Planungen, ein Hochhaus am Blittersdorffplatz hin zur Mainzer Landstraße zu bauen. Der Frankfurter Planungsdezernent Edwin Schwarz (CDU) hatte das Projekt anhand eines Modells im Rahmen der Fraktionssitzung am Mittwoch vorgestellt und war dabei auf breite Zustimmung gestoßen.



"Ein solches Bauvorhaben stellt eine gute Gelegenheit dar, dem Platz eine urbane Fassung zu geben", sagte Vowinckel. Architektonisch wie auch ökonomisch mache das Projekt Sinn. Anhand des Modells könne man bereits in diesem Stadium der Planungen erkennen, wie sich das Gebäude in das Stadtbild einfügt.

"Mit dem Wohnanteil von 30 % entsprechen wir unserem ständigen Anliegen, zentralen und finanzierbaren Wohnraum in Frankfurt zu schaffen", verwies Vowinckel auf die wohnungsbaupolitische Position der CDU. Derzeitig werde der Platz städtebaulich einfach ignoriert. Durch den Verkauf des Grundstücks werden außerdem mehrere Millionen Euro die Frankfurter Stadtkasse entlasten.

"Ein Gewinn für alle Seiten", beurteilt Vowinckel die Planungen abschließend. Zugleich gab er der Hoffnung

Ausdruck, dass die SPD nicht wieder sofort in einen Blockadereflex ver falle.

## Becker: Tiefgarage unter dem Main ist kreativ und innovativ Vorschlag zur Schaffung notwendiger Parkplätze in der Innenstadt

Als "kreative Überlegung zur Schaffung von dringend notwendigen zusätzlichen Parkplätzen in der Innenstadt" hat der Fraktionsvorsitzende Uwe Becker auf den Vorschlag von Planungsdezernent Edwin Schwarz (CDU) reagiert, unter dem Main zwischen Eisernem Steg und Untermainbrücke ein neues Parkhaus zu errichten.

Zwar seien einige Fragen noch zu erörtern, "da das Projekt den Fraktionen bisher nicht vorgestellt worden ist", doch Becker lobte den Dezernenten, da dieser die Wichtigkeit und Notwendigkeit von zusätzlichen Parkplätzen in der City mit seinen Überlegungen unterstreiche. "Wir haben in der Innenstadt nach dem Abriss des Parkhauses Junghofstraße und des Thea-

terparkhauses ein spürbares Parkplatzdefizit, das dringend beseitigt werden muss", so Becker. "Für die Attraktivität der City als Arbeitsplatz wie als Einkaufsmagnet sei neben dem ÖPNV auch die gute Erreichbarkeit mit dem PKW von herausragender Bedeutung." Neben der Errichtung der Tiefgarage Rathenauplatz und des Parkhauses auf dem Telekomgelände - wo sich die CDU nach wie vor für die Schaffung von 2000 Parkplätzen einsetzt - würde ein zusätzliches Parkplatzangebot wie von Schwarz vorgeschlagen für eine weitere Stärkung dieser Standortfaktoren in Frankfurt sorgen.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Uwe Becker hat die ablehnenden Aussagen der verkehrspolitischen Sprecher von SPD und Grünen, Klaus Oesterling und Lutz Sikorski, zu den Vorschlägen von Planungsdezernent Schwarz (CDU) für die Errichtung einer Tiefgarage unter dem Main als "voreilige Reflexhandlung" kritisiert.

Becker sagte, er bedaure, "dass die beiden Bündnispartner eine sachbezogene Diskussion über den Vorschlag nicht zulassen wollen, sondern sich ohne Detailkenntnisse bereits lautstark festgelegt haben." Dies sei "kein verantwortungsvoller



Umgang mit den Fragen der Weiterentwicklung dieser Stadt“, so Becker. Gerade wenn es kritische Fragen zu dem Projekt gebe, sei es notwendig, diese ernsthaft zu prüfen. Becker betonte, dass es in der Innenstadt ein deutlich erkennbares Parkplatzdefizit gebe, das man beseitigen müsse. Er wundere sich über Aussagen aus dem Bündnis, dass es ein solches Parkplatzproblem nicht gebe.

“Wir brauchen im Bündnis ein höheres Maß an Gestaltungswillen für diese Stadt und können uns im Interesse Frankfurts kein Bedenkenträgertum als politische Grundhaltung leisten“, so Becker weiter.

Becker appelliert daher an SPD und Grüne, ihre geäußerte Ablehnung zunächst zurückzustellen und die Vorschläge aus dem Planungsdezernat verantwortungsvoll im Bündnis zu diskutieren.

Die CDU-Fraktion hat einen Antrag zum Thema Tiefgarage unter dem Main auf den Weg gebracht. “Das

neue Parkhaus stellt eine Chance dar, zusätzlichen Parkraum in Frankfurts Innenstadt bereitzustellen“, sagte der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Helmut Heuser am Rande der Sitzung. Jetzt gelte es, die Planungen zu konkretisieren und offene Fragen zu beantworten.

Heuser brachte in diesem Zusammenhang auch das Winkler-Gutachten ins Gespräch, das 1991 eine Untertunnelung des nördlichen Mainufers vorgesehen hat. “Damit kann einerseits die Verkehrsbelastung des Mainufers verringert und andererseits eine Zufahrt zu dem Parkhaus geschaffen werden“, schlägt Heuser vor.

## Anträge und Anfragen

Wir stellen Ihnen eine Auswahl vor aus den Anträgen und Anfragen der CDU-Fraktion im Römer sowie von ihren Fragen in der Fragestunde der Plenarsitzung. Sie finden den jeweiligen Gesamttext und den weiteren parlamentarischen Initiativen unter <http://www.stvv.frankfurt.de/parlis2000/parlis.htm>.

### Altenhilfestandards

(15/227) Die Bevölkerung wird älter. Der Senioren-Arbeitskreis bittet den Magistrat, zusammen mit dem noch einzuberufenden Fachbeirat “Altenhilfe“ Standards zur Verbesserung der in Frankfurt vorhandenen Angebote zur Altenhilfe zu erarbeiten.

### Polizeireviere

(15/224) Nach der Personalausstattung der Frankfurter Polizeireviere fragen die Mitglieder des Arbeitskreises für Recht und Sicherheit. Vor allem möchten sie wissen,

wie viele Wachpolizisten und Angestellte zur Verstärkung der Polizeibeamten Frankfurt erhalten hat.

### Häßliches Hochhaus



Sybill Meister fragte im Plenum den Magistrat, ob es möglich sei, das häßliche Hochhaus hinter dem Portikus beseitigen zu lassen.

### Altenhilfestandards

(15/227) Die Bevölkerung wird älter. Der Senioren-Arbeitskreis bittet den Magistrat, zusammen mit dem noch einzuberufenden Fachbeirat “Altenhilfe“ Standards zur Verbesserung der in Frankfurt vorhandenen Angebote zur Altenhilfe zu erarbeiten.

### Saubere Straßen

Wenn Straßenreinigung und Müllabfuhr am gleichen Tag stattfinden, soll zuerst der Müll abgefahren werden,

damit nicht gesäuberte Straßen wieder verschmutzt werden, ist das Ziel einer Frage im Plenum von Heinz Daum.

### Lärmschutz S-Bahn

(15/223) Aktiver Lärmschutz beim Ausbau des 3. und 4. S-Bahn-Gleises nach Bad Vilbel ist das Ziel des Antrags von Helmut Heuser, Marcus Scholz und Robert Lange. Dabei wird der Ausbau der Main-Weser-Bahn für dringend notwendig erklärt.

### Zoo

(15/214) Mehr kinder- und familienfreundliche Eintrittspreise im Zoo beantragt Jochem Heumann.

### Gedenktafel 11. September



(15/218) Wegen der freundschaftlichen Beziehung zwischen Frankfurt und New York und der besonderen Verbundenheit zu den Vereinigten Staaten sollte zum Gedenken an die Opfer der Terroranschläge und als Zeichen der Verbundenheit am Jahrestag der Anschläge eine Gedenktafel an würdiger Stelle angebracht werden, beantragt Fraktionsvorsitzender Uwe Becker.



# Bundestagswahl 2002



## Frank für Frankfurt

Frank für Frankfurt! - Ihr Bundestagskandidat für den Wahlkreis Frankfurt am Main I (183)

### Machen Sie mit im Frank-Team!

Markus Frank:

Es ist Zeit für Taten. Es ist Zeit für die Union!

Konrad Adenauer hat einmal gesagt: "Man darf niemals »zu spät« sagen. Auch in der Politik ist es niemals zu spät. Es ist immer Zeit für einen neuen Anfang." Gemeinsam müssen wir unserem Land den Optimismus wiedergeben, die Ärmel hochkrepeln und die Zukunft anpacken.

Es gilt, heute die richtigen Entscheidungen zu treffen, damit die Jahre und Jahrzehnte vor uns eine gute und erfolgreiche Zeit werden.

Deshalb bitte ich Sie um Ihre aktive, engagierte Unterstützung. Machen Sie mit im Frank-Team!

Ihr  
Markus Frank



hier abtrennen, an Markus Frank schicken  
und mitmachen!

### Ich mache mit im Frank-Team!

Name: \_\_\_\_\_

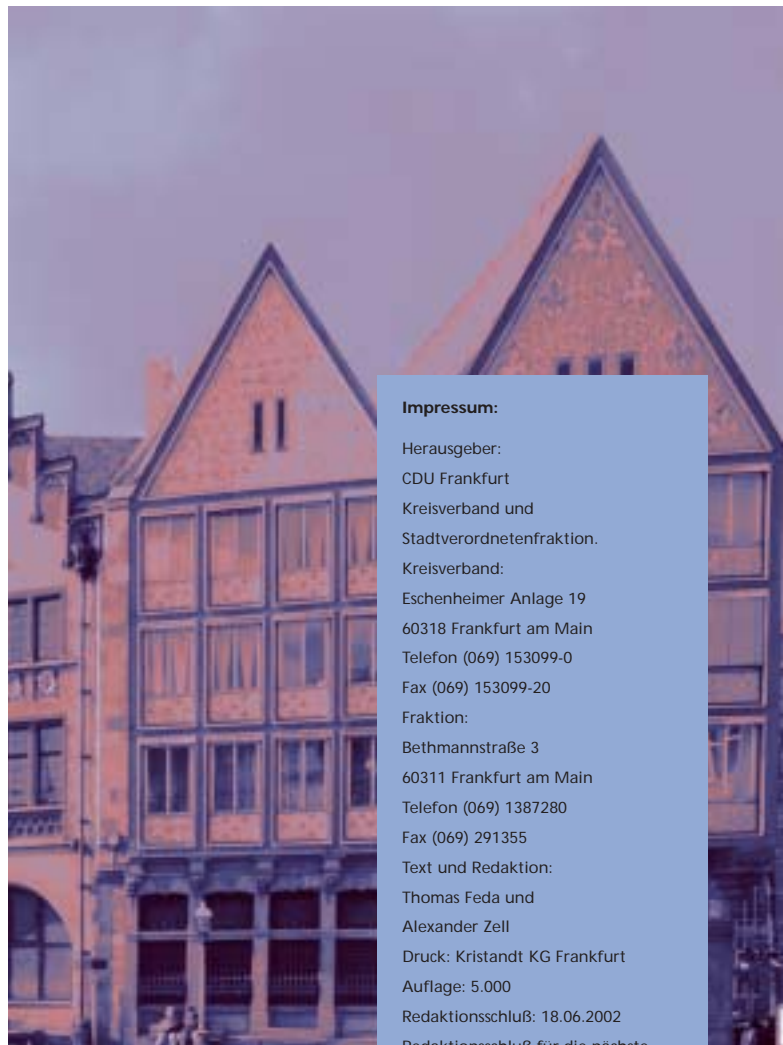
Anschrift: \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Fax: \_\_\_\_\_

Email: \_\_\_\_\_

Markus Frank - Hoechstler Farbenstraße 2 - 65931 Frankfurt  
Telefon 069 - 37 00 114 - Telefax 069 - 37 00 144 - m.frank@frank2002.de  
www.frank2002.de



#### Impressum:

Herausgeber:

CDU Frankfurt

Kreisverband und

Stadtverordnetenfraktion.

Kreisverband:

Eschenheimer Anlage 19

60318 Frankfurt am Main

Telefon (069) 153099-0

Fax (069) 153099-20

Fraktion:

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

Telefon (069) 1387280

Fax (069) 291355

Text und Redaktion:

Thomas Feda und

Alexander Zell

Druck: Kristandt KG Frankfurt

Auflage: 5.000

Redaktionsschluß: 18.06.2002

Redaktionsschluß für die nächste

Ausgabe: 20.09.2002

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder. Die Redaktion behält es sich vor, Leserbriefe sinnwährend zu kürzen.

